

Absender:

**BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 330**

**22-19317**

Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Unterstützung des Vorhabens "Bahnhof Kralenriede"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.08.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue  
(Entscheidung)

Status

01.09.2022

Ö

**Beschlussvorschlag:**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtbezirksrat 330 Nordstadt-Schunteraeue begrüßt die Planungen für den Bahnhof Kralenriede sehr. Es besteht der große Wunsch nach schneller Umsetzung und damit auch nach einem schnellen Abschluss der Planungsvereinbarung zwischen Regionalverband und DB Netz AG.

**Sachverhalt:**

Bereits seit einigen Jahren gibt es bei der Bahn den Plan, für die Bahnstrecke Braunschweig – Uelzen im Bereich Kralenriede einen Kreuzungsbahnhof zu bauen, in dem sich Züge aus beiden Richtungen begegnen können. Laut Auskunft des Regionalverbandes (mail am 12.7.2022, Herr Haßelmann) ist eine Lage am Steinriedendamm am wahrscheinlichsten. Grund für diesen Bahnhof sind zunächst betriebliche Notwendigkeiten. Weiterhin ist es aber die Absicht des Regionalverbandes, diesen Bahnhof als echten Haltepunkt mit Bahnsteigen für den Personenverkehr auszustatten. Liefe alles nach Plan, könnte der Bahnhof 2030 den Betrieb aufnehmen. Bisher ist jedoch noch keine Planungsvereinbarung zwischen Regionalverband und DB Netz AG geschlossen. Daher ist eine Bürgerbeteiligung verfrüht.

Für die Einwohner von Kralenriede und Schunteriedlung wäre solch ein Haltepunkt eine wichtige Ergänzung des ÖPNV. Sehr interessant ist der Haltepunkt auch für die BewohnerInnen des Studentenwohnheims und für die MitarbeiterInnen des Wilhelm-Klauditz-Instituts. Solch ein Ausbau des ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil der Verkehrswende.

Da die Vereinbarung noch nicht abgeschlossen ist, kann eine positiv unterstützende Mitteilung an den Regionalverband und die Bahn ein Signal sein, die Verhandlungen zu beschleunigen und möglichst rasch zu einem Abschluss zu bringen, damit die Planverfahren beginnen können. Das wäre im großen Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

gez.

Sabine Bartsch

**Anlagen:**

keine